

**R E D E**

**SEINER DURCHLAUCHT  
ERPRINZ ALOIS VON UND ZU LIECHTENSTEIN**

**ANLÄSSLICH DER ÖFFENTLICHEN VERANSTALTUNG  
DER SEKTION „FRAUEN DER GEWERBE- UND  
WIRTSCHAFTSKAMMER“**

**AM 9. JUNI 2005**

Sehr geehrter Damen und Herren

Sie haben mich gebeten, zu drei Themen zu sprechen, die für Sie von Interesse sind und die bei uns im Land derzeit diskutiert werden:

- zur Wirtschaft,
- zur Bildung und
- zum Schutz des Lebens.

Sie sind eine Gewerbe- und Wirtschaftskammer und darum erlaube ich mir, hauptsächlich über die Wirtschaft zu sprechen und dabei auch das Thema Bildung zu behandeln. Auf den Schutz des Lebens möchte ich erst im Anschluss an die Ansprache bei allfälligen Fragen Ihrerseits eingehen.

Die Wirtschaft, selbst die liechtensteinische, ist ein breites Thema. Ich werde mich heute Abend auf drei Fragen konzentrieren:

- Wie geht es unserer Wirtschaft?
- Vor welchen Herausforderungen steht unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren?
- Was können wir tun, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, damit wir diesen Herausforderungen auch erfolgreich begegnen können?

### **Wie geht es unserer Wirtschaft?**

Unserer Wirtschaft geht es im europäischen Vergleich hervorragend. Aber auch weltweit nehmen wir eine Spitzenposition ein. Dies zeigen die kürzlich publizierten Zahlen über das Pro-Kopf-Einkommen. Für ein kleines Land, das über keine Rohstoffe verfügt und fast alles importieren muss, ist dies eine erstaunliche Leistung. Diese Leistung ist nur denkbar, weil es uns gelungen ist, eine Wirtschaft aufzubauen, die in der Lage ist, weltweit ihre Produkte und Dienstleistungen zu exportieren. Die blühende Exportwirtschaft bietet wiederum die Voraussetzungen, dass Betriebe, die sich hauptsächlich auf

den Heimmarkt konzentrieren, bei uns erfolgreich sind. Dieser Heimmarkt ist besonders für kleinere Betriebe wichtig, wie sie vor allem auch in der Gewerbe- und Wirtschaftskammer vertreten sind, und aus diesen kleinen, oft sehr innovativen Betrieben ist schon so mancher liechtensteinische Betrieb herausgewachsen, der für den Weltmarkt produziert.

Einige Branchen klagen aber, dass die einfachen Zeiten vorbei sind. Durch die teilweise berechtigten, aber teilweise auch verleumderischen Vorwürfe hat der Ruf unseres Finanzplatzes gelitten. Die Kunden strömen nicht mehr von alleine nach Liechtenstein. Dadurch sind die Kosten, neue Kunden zu akquirieren, erheblich gestiegen. In der kürzesten Zeit ist es zwar gelungen, durch neue Vorschriften und personelle Verstärkungen einen Spitzenplatz bei der Bekämpfung von Geldwäsche und anderen kriminellen Missbräuchen zu erlangen. Dadurch sind aber gleichzeitig die Regulierungskosten für die Finanzdienstleister massiv angewachsen. Schliesslich haben in den letzten Jahren andere Staaten durch die Einführung von attraktiven Rahmenbedingungen aufgeholt. Panama und Österreich haben ein Stiftungsrecht erlassen und sind somit zu echten Konkurrenten für unser Gesellschaftswesen geworden. Und einige Staaten wie Irland, Malta, Ungarn, die Slowakei und Estland haben mittlerweile Steuersysteme, die zum Teil einfacher und attraktiver sind als das unsrige.

All dies führt dazu, dass die Finanzdienstleister nach Möglichkeiten suchen, anderswo Kosten zu sparen, was vor allem das Gewerbe trifft. Gleichzeitig spürt das Gewerbe, dass die von dieser Entwicklung betroffenen Arbeitskräfte auch privat mehr auf die Kosten schauen als früher. Hinzu kommt für das Gewerbe ein verstärkter Wettbewerb aus der Region.

### **Vor welchen Herausforderungen steht unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren?**

Der Finanzplatz und alle die von ihm abhängen, werden wohl weiter gefordert werden. Die Konkurrenz der Staaten, die beim Standortwettbewerb mitmachen, wird hoch bleiben. Und der Druck von jenen Staaten, die nicht mitmachen, gegen attraktive Standortbedingungen in anderen Staaten bleibt bestehen. Bezüglich der Zinsertragsbesteuerung konnten wir mit der EU eine Lösung finden, die unser Bankgeheimnis bewahrt. Damit

hat die Unsicherheit am Finanzplatz abgenommen. Solange aber viele der grossen europäischen Staaten in finanziell äusserst schwieriger Lage sind, besteht die Gefahr, dass der Druck auf den Finanzplatz erhöht wird. Das würde bedeuten, dass die Regulierungskosten eher weiter zunehmen werden und die Diskussion um das Bankgeheimnis so bald nicht verstummen wird.

Die Globalisierung ist eine weitere Herausforderung. Etliche Betriebe werden mit den viel günstigeren Produktionsmöglichkeiten im Osten und dem verstärkten internationalen Wettbewerb zu kämpfen haben. Im Grunde ist die Globalisierung aber vielmehr eine riesige Chance. Liechtenstein braucht offene Märkte und war vor allem auch dank der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten so erfolgreich. Ausserdem wird voraussichtlich die Wirtschaft ausserhalb Europas in den kommenden Jahren wesentlich stärker wachsen als in Europa. Die Globalisierung erlaubt uns ein Mitwachsen mit den dynamischsten Regionen weltweit. Aber sie bedingt vielfache Anpassungen. Langfristig werden bei uns nur Betriebe und Arbeitsplätze überleben, die im internationalen Wettbewerb überlebensfähig sind.

Dies bedeutet, dass eine ausreichende Ausbildung unserer Arbeitskräfte eine der grössten Herausforderungen der Globalisierung sein wird. Angesichts der Flut an immer neuen Informationen wird das Lernen, mit Wissen zu arbeiten, sowie das lebenslange Lernen immer wichtiger.

Schliesslich wird eine weiter wachsende Wirtschaft in Liechtenstein immer stärker an ökologische Herausforderungen stossen. Der Verkehr bzw. damit verbundene Probleme wie Lärm und Luftverschmutzung werden zunehmen.

### **Was können wir tun, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, damit wir diesen Herausforderungen auch erfolgreich begegnen können?**

Grundsätzlich kann der Staat bei fast allem, was er tut, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft entweder verbessern oder verschlechtern. So kann man sich eigentlich bei jeder Staatsausgabe fragen, ob sie der Volkswirtschaft etwas bringt oder etwas kostet, indem sie nur höhere Steuern und wenig Gegenwert bietet. Da „die Förderung der gesamten Volkswohl-

fahrt“ gemäss Artikel 14 der Verfassung „die oberste Aufgabe des Staates ist“ und die „wirtschaftlichen Interessen des Volkes“ ein wichtiger Bestandteil davon sind, ist ein generelles Hinterfragen, welche Staatsausgaben volkswirtschaftlich sinnvoll sind, durchaus berechtigt. Im Folgenden möchte ich mich aber auf 7 Bereiche konzentrieren, in denen der Staat die Rahmenbedingungen stärken könnte.

Erstens kann der Staat der Wirtschaft nach aussen einen möglichst freien Zugang zu den Weltmärkten sichern. Um die Märkte Europas und der Welt zu erschliessen, ist Liechtenstein Mitglied des EWRs, der EFTA und der WTO geworden. Wir können versuchen, innerhalb dieser Mitgliedschaften die Zugangsbedingungen weiter zu verbessern. Sehr viel Möglichkeiten und zusätzliche interessante Mitgliedschaften sind aber nicht in Sicht. Am meisten würde ein umfassender Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen der WTO bringen. Ob die Verhandlungen Ende Jahr erfolgreich sein werden, ist aber fraglich. Ansonsten könnte der Abschluss von Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und grösseren Drittstaaten von Bedeutung sein.

Neben den Mitgliedschaften kann der Staat unsere Unternehmen in anderen Staaten durch sein diplomatisches Korps unterstützen. Hier könnte uns in Zukunft ein effizientes Netz von geeigneten Honorarkonsulen und gegebenenfalls der Einsatz von Sonderbotschaftern zusätzlich von Nutzen sein.

Zweitens kann der Staat innerhalb der internationalen Auflagen wirtschaftsfreundliche Vorschriften erlassen. Für einen Staat, der mit seiner Wirtschaft international konkurrenzfähig sein will, ist es besonders wichtig, zu prüfen, ob Vorschriften und Regeln, die einmal in bester Absicht erlassen wurden, heute noch notwendig sind. Auch sollten Vorschriften möglichst einfach und verständlich sein sowie Anreize zu Eigeninitiativen geben, anstatt sie zu verhindern.

In nächster Zeit sollten wir in verschiedenen Bereichen bestehende Vorschriften vereinfachen und richtige Anreize setzen:

- Die beabsichtigte Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden sollte zu Vereinfachungen führen.
- Eine Änderung des Finanzausgleiches und des Steuergesetzes sollte ebenfalls Vereinfachungen und Anreize zu Eigeninitiativen bringen.
- Wir sollten aber auch die Sozialstaatanalyse zum Anlass nehmen, uns zu überlegen, wie wir die Sozialtransfers vereinfachen und zielgerechter gestalten können.
- Und schliesslich sollten wir uns generell überlegen, wie wir den Staat als Ganzes vereinfachen können, d.h. welche Aufgaben er überhaupt wahrnehmen soll und welche nicht. Dazu brauchen wir eine ständige Bewusstseinsbildung und Diskussion.

Drittens kann der Staat bei der Durchsetzung seiner Vorschriften kunden- und wirtschaftsfreundlich vorgehen. Die öffentliche Hand, ob auf Landes- oder Gemeindeebene sollte sich immer bewusst sein, dass sie im Grunde ein Dienstleistungsunternehmen ist, welches dem Volk zu dienen und für das langfristige Wohl der Betriebe und damit der Volkswirtschaft zu sorgen hat. Zwar sollten die Behörden bei Missbräuchen, die den Rechtsstaat und das ganze Wirtschaftssystem gefährden, entschieden durchgreifen, sonst aber innerhalb des Ermessens flexibel und kundenfreundlich sein. Hier sollte der Staat ständig überprüfen, ob sich nicht zusätzliche Möglichkeiten ergeben, wie den Bürgern und den Betrieben das Leben erleichtert werden kann, z.B. durch flexible Schalterzeiten und ähnliche Dienstleistungen. Wie ein Betrieb nicht jeden ausgefallenen Kundenwunsch erfüllen kann, ohne gleichzeitig die Kontrolle über die Kosten zu verlieren, muss allerdings auch der Staat bedenken, welche Dienstleistungen mit niedrigen Steuern und einem ausgeglichenen Haushalt vereinbar sind.

Viertens kann der Staat die Wirtschaft durch eine wirtschaftsfreundliche Zulassungspolitik für Aufenthaltserlaubnisse fördern. Er kann der Wirtschaft mehr Aufenthaltserlaubnisse gewähren. Er kann aber auch eine gegebene Anzahl von Aufenthaltserlaubnissen volkswirtschaftlich mehr oder weniger sinnvoll zuteilen. Eine grosse Ausweitung der Bewilligungen

dürfte bei uns politisch nicht umsetzbar sein. Daher stellt sich vor allem die Frage, wie die beschränkte Anzahl von Aufenthaltsbewilligungen zugeteilt werden soll.

Wir haben heute ein Zuteilungsverfahren, das in wichtigen Bereichen mit den EWR-Staaten abgestimmt ist, und daher nicht leicht geändert werden kann. 50% der EWR-Aufenthalte werden verlost. Bei den anderen Aufenthaltsbewilligungen erfolgt die Zuteilung nach dem Ermessen der Regierung unter Berücksichtigung von gewissen Regeln.

Da die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen für betriebswichtige Spezialisten ein kritischer Engpass für das Wirtschaftswachstum sein kann, sollten wir uns regelmässig die Frage stellen, ob wir das Zuteilungsverfahren nicht weiter verbessern können. Könnte z.B. durch ein Zuteilungsverfahren mit mehr Marktmechanismen eine volkswirtschaftlich vorteilhaftere Zuteilung erfolgen? Ein Zuteilungsverfahren, das nur auf Marktmechanismen im Sinne eines völlig freien Auktionsverfahrens basiert, wird wohl nicht funktionieren, da die Gefahr besteht, dass gewisse Branchen über längere Zeit nicht zum Zug kommen. Andererseits ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine Auslosung eine volkswirtschaftlich optimale Zuteilung bringt. Und selbst eine Ermessenszuteilung mit bester Absicht begünstigt tendenziell die besseren Lobbyisten, und die Entscheidungen dürften auf weniger guten Informationen beruhen, als sie ein nach Marktmechanismen gefundener Preis geben kann.

Fünftens kann der Staat durch eine geeignete Politik bezüglich der Infrastruktur die Rahmenbedingungen stärken. Mit einer weitsichtigen Regulierung der Grundversorger wie Post, Energie und Telefonie kann er eine verlässliche Infrastruktur sicherstellen, die auch in Zukunft international wettbewerbsfähig ist und das Vertrauen der Wirtschaft genießt. Dabei ist die Privatisierung der Grundversorgung und ihre Öffnung für den Wettbewerb bei gleichzeitiger vorausschauender Regulierung die beste Strategie, um in Zukunft eine wettbewerbsfähige Infrastruktur zu garantieren.

Durch die richtige Verkehrspolitik kann der Staat die Erreichbarkeit Liechtensteins generell sowie der einzelnen Betriebe im Speziellen verbessern und Liechtenstein gleichzeitig als attrak-

tiven Lebensraum bewahren. Dazu braucht es ein regional abgestimmtes Verkehrsnetz mit Zubringerlösungen für die Betriebe, die die Umwelt möglichst wenig belasten. Bei den Belastungen sollte man nicht nur Schadstoffe, sondern auch Lärm und Unfallgefahren berücksichtigen. Gleichzeitig sind aber auch andere Massnahmen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nötig wie eine umfassende Parkplatzbewirtschaftung. Dabei ist es nicht nur wichtig, dass der Staat die Wirtschaft überzeugt, dass die Parkplatzbewirtschaftung schnell zu einem Rückgang des Arbeitsverkehrs führen kann, der Standort dadurch attraktiver wird und damit indirekt auch die Wirtschaft profitiert. Sondern der Staat sollte mit gutem Beispiel vorangehen und der Wirtschaft zeigen, welche Einsparungen mit einer Parkplatzbewirtschaftung möglich sind. Da der Staat selbst einer der grössten Arbeitgeber ist, ist sein Beitrag allein schon nicht unbeachtlich.

Sechstens kann der Staat durch grundlegende Reformen des Bildungswesens die Arbeitskräfte besser auf die Globalisierung vorbereiten. Für die Volkswirtschaft eines Landes und für jeden Einzelnen ist in dieser globalisierten Weltwirtschaft eine optimale Ausbildung eine wichtige Voraussetzung, um erfolgreich zu sein. Vergleiche zwischen verschiedenen Staaten zeigen, dass nicht die Länge des Studiums oder die Kosten pro Schüler entscheidend für ein international konkurrenzfähiges Ausbildungssystem sind. Hier hat Liechtenstein vergleichsweise gut abgeschnitten, aber wenn man die Kosten mit dem Nutzen vergleicht, müssten wir aufgrund der Kosten weltweit wohl den Spitzenplatz belegen. Die Frage stellt sich, ob es im Bereich der Bildung Modelle gibt, die bei gleichen Kosten einen höheren Nutzen versprechen.

Das liechtensteinische Schulsystem ist verglichen mit dem Schulsystem anderer Staaten sehr stark vom Staat geprägt. Eine richtig grundlegende Reform braucht daher vor allem einen neuen Ordnungsrahmen für das Bildungswesen. Wir müssen wegkommen von der heutigen zentralen Planwirtschaft hin zu einer dezentralen marktwirtschaftlichen Organisation der Bildung. In den letzten Jahren haben wir mehr oder weniger unbewusst viele Bildungskompetenzen zentralisiert:

- Wir legen zentral fest, wie viele Gymnasiasten in Liechtenstein ausgebildet werden.

- Ob ein Kindergartenschüler mehr als drei Tage dem Unterricht fernbleiben darf, muss durch das Schulamt entschieden werden.
- Und die Bewilligungen für Anstellung und Weiterbildung von Lehrern erfolgen sogar durch die Regierung.

Dies hat dazu geführt, dass in den Schulen keine ausreichende Kundennähe mehr vorhanden ist. Aus meiner Sicht gibt es keinen Grund, warum ausgerechnet in der Bildung diese Art von zentraler Planwirtschaft erfolgreich sein soll.

Daher sollten wir uns einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen für die Bildung überlegen. Wir brauchen einen fruchtbaren Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen, der das Bildungsangebot gemäss den Anliegen der Bildungsnachfrager ständig verbessert.

Dazu sollten wir den Schulen weitestgehende Autonomie gewähren. Ausser, dass der Staat Kontrollmöglichkeiten vorsieht, um den sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern sicherzustellen, gibt es keinen Grund, warum eine öffentliche Schulleitung weniger Kompetenzen haben soll als eine private.

Der Wettbewerb soll auch zwischen den öffentlichen und privaten Schulen stattfinden. Dazu brauchen die privaten Schulen gleich lange Spiesse wie die öffentlichen. Sie dürfen nicht durch zusätzliche Auflagen benachteiligt werden und sie müssen dieselben finanziellen Mittel pro Schüler erhalten. Wenn der Steuerzahler einen beträchtlichen Teil seiner Steuern für Bildungsausgaben zahlt, dann darf von ihm in einer freien Gesellschaft nicht verlangt werden, dass er noch ein zweites Mal zahlen muss, wenn er für sein Kind eine private Schule wählen möchte.

Wie andere Bereiche der Marktwirtschaft muss auch die marktwirtschaftlich organisierte Bildung reguliert werden, damit kein Schaden für Bildungsnachfrager und die Gesellschaft entsteht.

Siebtens kann der Staat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine wirtschaftsfreundliche Informationspolitik betreiben und insbesondere darauf hinweisen:

- Dass wir uns unseren Lebensstandard und unser Sozialsystem nur mit einer florierenden Wirtschaft leisten können,
- dass in Zukunft Produkte und Dienstleistungen mit einer hohen Wertschöpfung entscheidend sein werden,
- dass dafür eine starke Forschung und Entwicklung notwendig sein wird, und
- dass wir daher ein möglichst gutes Bildungssystem brauchen.

Nun habe ich viele Massnahmen aufgezählt, die der Staat ergreifen kann. Was kann hingegen die Wirtschaft tun? Hier möchte ich 3 Punkte herausheben:

Erstens kann sich die Wirtschaft in schlagkräftigen Verbänden organisieren, die vorausschauend arbeiten und den Staat frühzeitig informieren, welche Vorschriften die Wirtschaft braucht und welche nicht. Insbesondere, ob Vorschriften möglichst an andere Staaten angepasst werden sollen oder ob Liechtenstein sich gerade durch eigenständige Vorschriften differenzieren sollte.

Zweitens kann die Wirtschaft selbst den Staat beim Ausarbeiten der Vorschriften unterstützen. Gerade in einem Kleinstaat kann die Verwaltung nicht überall mit Experten besetzt werden, da sie sonst zu gross und teuer wird. Daher soll die Wirtschaft dem Staat, wo rechtsstaatlich unbedenklich, möglichst auch Arbeit abnehmen, indem sie konstruktiv mitarbeitet, konkrete Vorschläge macht und nicht unbedacht Forderungen stellt, die der Verwaltung viel zusätzliche Arbeit bringen.

Drittens kann die Wirtschaft nicht nur zusammen mit den Staatsorganen der Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Reformen bewusst machen, sondern sie kann die staatlichen Organe selbst zu grundlegenden Reformen ermutigen.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir können so weitermachen wie bisher. D.h. die heutigen in vielen Bereichen relativ guten Rahmenbedingungen weitgehend belassen und nur in homöopathischen Dosen verbessern. Es ist dann der Wirtschaft überlassen, innerhalb dieser Rahmenbedingungen das Optimum zu erreichen.

Oder wir können versuchen, unsere Rahmenbedingungen im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb möglichst schnell zu optimieren. Nur diese Strategie ist erfolgreich, wenn wir in den nächsten Jahrzehnten ähnlich gute Zeiten erleben wollen wie in den vorangegangenen.

Nicht nur Staat und Wirtschaft stehen in einer Zeit der Neuorientierung, sondern auch die Gewerbe- und Wirtschaftskammer. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg, damit Sie ein solcher schlagkräftiger Verband sein werden und einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung für weitere gute Zeiten leisten können.